

Plettner, Bernhard; Sammet, Rolf; Lennings, Manfred; Schmücker, Toni

Article — Digitized Version

Unternehmer oder Unterlasser?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Plettner, Bernhard; Sammet, Rolf; Lennings, Manfred; Schmücker, Toni (1977) : Unternehmer oder Unterlasser?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 6, pp. 275-283

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135078>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Unternehmer oder Unterlasser?

Die Investitionstätigkeit ist geringer, als mit Blick auf die Arbeitslosenzahl gefordert wird. Von führenden Politikern stammt der Satz, daß die Unternehmer nun zeigen müßten, daß sie Unternehmer und nicht Unterlasser sind. Wird tatsächlich „zu wenig“ investiert? Erlauben die gegebenen Bedingungen mehr Investitionen?

Bernhard Plettner

Warum wird zu wenig investiert?

Nachdem die Konjunktur bisher die Erwartungen nicht erfüllte und niemand weiß, ob und wann sie richtig in Gang kommen wird, wächst die Nervosität unter den Verantwortlichen. Und wie immer bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten hat auch jetzt wieder die Suche nach Sündenböcken begonnen. Dabei sind erneut die Unternehmer ins Schußfeld geraten. Ihnen wird mangelnde wirtschaftliche Aktivität insbesondere bei den Investitionen vorgeworfen.

Hier muß zunächst etwas richtiggestellt werden: Es sind keinesfalls nur die Unternehmer, die sich bei ihren ökonomischen Entscheidungen zurückhalten. Dies trifft vielmehr auf fast alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten zu, wie das Verhalten der Sparer zeigt. Die Banken und Sparkassen stellten fest, daß drei von vier Sparern ihre freigewordenen Mittel aus den Sparverträgen sofort wieder auf die hohe Kante gelegt haben. Nicht nur die Unternehmer, sondern auch weite Teile der Be-

völkerung sind also offensichtlich verunsichert und deshalb nicht zu einer verstärkten Ausgabentätigkeit bereit, wie sie zur nachhaltigen Wirtschaftsbelebung notwendig ist.

Forschen wir nach den Gründen für diese Verunsicherung, so liegen sie nur zum Teil im wirtschaftlichen und weit mehr im politischen Raum. Bei den wirtschaftlichen Gründen für die anhaltend schwache Investitionsneigung sind zuerst der niedrige Auslastungsgrad und die immer noch unzureichenden Erträge zu nennen. Gegenwärtig sind die industriellen Kapazitäten nur zu knapp 80% ausgelastet. Daß sich bei einem solchen Auslastungsgrad die Investitionstätigkeit nicht durchgreifend beleben kann, klingt zunächst überzeugend und dürfte auch nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sein. Nur, die ganze Wahrheit kann es wohl nicht sein, denn 1967 sprang schon bei einem eher noch niedrigeren Auslastungsgrad die Investitionskonjunktur an.

Worin unterscheidet sich nun die damalige Situation von der heutigen? Der grundlegende Unterschied liegt darin, daß damals der Wachstumsoptimismus ungebrochen und die Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums unbestritten war. Heute dagegen wird von vielen „Schöngelstern“ in Politik und Gesellschaft das Nullwachstum propagiert, ohne daß von den politisch Verantwortlichen dem entschieden genug widersprochen wird. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß die eindeutige politische Zielsetzung, zur Lösung unserer sozialen und wirtschaftlichen Probleme wieder einen Prozeß verstärkten Wachstums in Gang zu setzen, oft nur halbherzig verfolgt wird. Wie läßt sich sonst zum Beispiel das Hin und Her in der Energiepolitik erklären? Es steht doch außer Zweifel, daß die unabdingbare Voraussetzung für mehr Wachstum die vermehrte Bereitstellung von Energie ist. Warum haben die politisch Handelnden in Bund und Ländern der Bevölkerung

gerade diese Existenzfrage der Zukunft nicht klar und eindringlich genug vor Augen geführt? Zwar wurde der Bürger seitens der Bundesregierung und der Länderregierungen im Sinne vernünftigen Wachstums und entsprechenden Zuwachses in der Darbietung elektrischer Energie informiert, der Bürger sah sich aber auch immer wieder mit gegensätzlichen Meinungen konfrontiert, die bei Parteiveranstaltungen der Regierungsparteien aufbrandeten, und mußte miterleben, wie bei den gewalttätigen Demonstrationen gegen die Kernenergie der Bürgerkrieg geprobt wurde.

Unklare Prioritäten

In einem solchen Klima unklarer Prioritäten und mangelnden politischen Durchsetzungswillens geht natürlich das Vertrauen in die Zukunft zugrunde. Die Unsicherheit greift um sich mit der Folge, daß Fakten und Prognosen in den Vordergrund gestellt werden, die den vielerorts vertretenen Pessimismus zu rechtfertigen scheinen. Dazu ein Beispiel: Kürzlich wurde eine Prognose über die Bevölkerungsentwicklung der Bundesrepublik veröffentlicht. Danach würde unsere Bevölkerung bis zum Jahre 2000 mindestens um 3 Millionen, im ungünstigsten Falle aber um 6 Millionen schrumpfen. Bezeichnenderweise wurde der Rückgang von 6 Millionen in den Vordergrund gestellt und auf die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf unsere künftige Wirtschaftsentwicklung hingewiesen.

Nun läßt sich nicht bestreiten, daß eine um 6 Millionen schrumpfende Bevölkerung erhebliche Konsequenzen für die Märkte haben würde. Wir wissen aber, daß Bevölkerungsprognosen über einen so langen Zeitraum mit großen Fehlerquellen behaftet sind. Was hätte also näher gelegen, als auf diesen Tatbestand hinzuweisen

und gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß das drängendere Problem die berufliche Eingliederung der geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren ist. Auf den meisten Binnenmärkten ergeben sich nämlich hieraus mit Sicherheit noch erhebliche Wachstumschancen. Man neigt aber zur Zeit offenbar dazu, positive Aspekte zu übersehen und schenkt statt dessen lieber düsteren Zukunftsbetrachtungen Glauben.

So wird fast überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, daß sich trotz rückläufiger Bevölkerung die Zahl der Haushalte in den nächsten Jahren noch um rd. eine viertel Million erhöhen wird. Infolgedessen wird auch

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Dr. Bernhard Plettner, 62, Dipl.-Ing., ist Vorstandsvorsitzender der Siemens AG in München.

Dr. rer. nat. Rolf Sammet, 57, ist Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG in Frankfurt a. M. und Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI).

Dr. Manfred Lennings, 43, Dipl.-Ing., ist Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte Aktienverein in Oberhausen.

Toni Schmücker, 56, ist Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG in Wolfsburg. Er ist zudem Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) und Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).

der Bedarf an Wohnungen zum Beispiel weiter steigen. Günstig auf die Wohnungsnachfrage wird sich außerdem die Tatsache auswirken, daß alleinstehende Menschen zunehmend eigene Wohnungen beanspruchen und daß allgemein das Verlangen nach mehr „Komfort“, also nach größeren Wohnungen, wächst. Es gibt also durchaus plausible Gründe, die für eine sich wieder belebende Bautätigkeit sprechen. Wenn trotzdem immer noch Anzeichen dafür fehlen, so wirkt sich neben dem allgemeinen Pessimismus auch eine restriktive Gesetzgebung hemmend auf die Bauinvestitionen aus. Heute läßt sich nicht mehr bestreiten, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen der frei finanzierte Mietwohnungsbau – und damit ein sehr wichtiger Impulsgeber für die Investitionskonjunktur – fast zum Erliegen gebracht worden ist. Von 1973 bis 1976 ist die Zahl der fertiggestellten Wohnungen im Mietwohnungsbau auf ungefähr ein Drittel geschrumpft. Schuld an diesem Schrumpfungprozeß waren nicht zuletzt ein überzogenes Mieterschutzrecht und die Bindung der Mieten an die „ortsübliche“ Vergleichsmiete. Ersteres schränkt die freie Verfügbarkeit des Wohneigentums erheblich ein, und letzteres verhindert eine angemessene Rendite. Bedenkt man, daß der Mietwohnungsbau früher 40% der gesamten Wohnungsbauinvestitionen ausmachte, so wird der Umfang des Investitionsausfalls sichtbar. 1976 waren die Investitionen im Mietwohnungsbau um schätzungsweise 12 Mrd. DM niedriger als 1973. Demgegenüber haben während des gleichen Zeitraums die gesamten Anlageinvestitionen in der Bundesrepublik noch geringfügig um 8 Mrd. DM und die Ausrustungsinvestitionen sogar um 13 Mrd. DM zugenommen. Dieses Beispiel zeigt zweierlei, daß erstens eine der Hauptursachen

der Investitionsflaute der danieliegende Mietwohnungsbau ist und daß zweitens administrative und gesetzgeberische Maßnahmen die Investitionsbereitschaft in gefährlicher Weise beeinträchtigen können.

Verzögerungstaktiken

Gerade aus der zweiten Erkenntnis sind aber immer noch nicht die entsprechenden Lehren gezogen worden. Denken wir nur an die Verzögerungstaktiken, die beim Bau von Kraftwerken angewandt werden. Man hat ausgerechnet, daß die jährlichen Mehrkosten bei Stilllegung der Baustelle eines 1300-MW-Kernkraftwerks im ersten Jahr etwa 125 Mill. DM und bei der Blockierung eines fertigen Kernkraftwerks unmittelbar vor der Inbetriebnahme sogar etwa 200 Mill. DM betragen. Von den Verzögerungskampagnen ist gegenwärtig ein Investitionsvolumen von rd. 15 Mrd. DM betroffen. Wenn es also nicht bald zu einer reibungslosen Abwicklung der Projekte kommt, dann entstehen der Elektrizitätswirtschaft erhebliche zusätzliche Kosten, die jede Neuinvestition mit einem unkalkulierbaren Risiko versehen. Die Folgen lägen auf der Hand: Die Investitionsbereitschaft der Elektrizitätswirtschaft

müßte rasch erlahmen. Immerhin investiert die öffentliche Elektrizitätswirtschaft gut 10 Milliarden DM jährlich, das sind knapp 5% der volkswirtschaftlichen Anlageinvestitionen und rd. 1% des Sozialprodukts. Ein Rückgang der Investitionen der Elektrizitätswirtschaft auf die Hälfte würde also bereits ohne die Sekundäreffekte einen Wachstumsverlust von 0,5% des Bruttosozialprodukts zur Folge haben.

Daß eine solche Entwicklung möglich ist, muß in unserer jetzigen wirtschaftlichen Situation geradezu paradox anmuten. Haben wir es doch hier mit einem Bereich zu tun, in dem die Nachfrage weiterhin zügig wächst und in dem es keine Sättigungserscheinungen gibt. Wenn die Unternehmer von den Politikern immer wieder zum Investieren aufgefordert werden, wäre es doch wohl selbstverständlich, daß den Wirtschaftszweigen keine Steine in den Weg gelegt werden, die von sich aus noch genügend Wachstumskräfte entfalten.

Administrative Hemmnisse

Nun stellt die Elektrizitätswirtschaft keinen Einzelfall dar. Auch in anderen Industriezweigen wird die Durchführung von

Investitionsvorhaben durch rechtliche und administrative Maßnahmen außerordentlich erschwert. So müssen die chemische Industrie sowie die Eisen- und Stahlindustrie sehr strenge Umweltschutzauflagen erfüllen. Zwar hat das Ifo-Institut nachgewiesen, daß die sich aus dem Umweltschutz ergebenden finanziellen Belastungen in der Bundesrepublik nicht höher sind als in den Vereinigten Staaten oder in Japan. Was hierzulande aber die Investitionsbereitschaft dämpft, sind die umständlichen und in fast allen Fällen durch Bürgerinitiativen unerträglich in die Länge gezogenen Genehmigungsverfahren. Dadurch wird der Baubeginn häufig so verzögert, daß die Wirtschaftlichkeit in Frage gestellt oder überhaupt vernichtet wird.

Fehlendes Vertrauen

Zusammenfassend ist festzustellen: Unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben ökonomische und politische Ursachen. Was vor allem fehlt, ist Vertrauen in die Zukunft. Das gilt für Investoren und für Konsumenten gleichermaßen. Deshalb genügt es nicht, die Unternehmer zum Investieren aufzufordern. Ebenso wichtig ist es, den Konsumenten Mut zum Ver-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG**NEUERSCHEINUNG****Bruno Molitor****WISSENSCHAFT UND POLITIK IM WIDERSTREIT**

Großoktav, 195 Seiten, 1977, Preis brosch. DM 34,-

ISBN 3-87895-154-X

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

brauch zu machen. Schon Keynes schrieb in seiner Allgemeinen Theorie: „Im Gegenteil, jede zur beständigen Gewohnheit werdende Schwächung der Verbrauchsneigung muß sowohl die Nachfrage für Kapital als auch die Nachfrage für den Verbrauch schwächen.“ Was tut man aber gegen die Sozial- und Kulturkritiker, die seit Jahren

mit Schlagworten wie „Konsumzwang“, „Konsumterror“, „Grenzen des Wachstums“ und „Ausplünderung unseres Planeten“ Konsumenten und Investoren die Lust zum wirtschaftlichen Handeln nehmen? Mit Appellen an Unternehmer und Verbraucher ist es nicht getan. Es reicht auch nicht aus, wenn die Steuern gesenkt und die Vorausset-

zungen für die Erwirtschaftung angemessener Erträge verbessert werden. Für eine kräftig wieder einsetzende Belebung in der Wirtschaft ist die Wiederherstellung eines konsum- und investitionsfreundlichen Klimas in unserer Gesellschaft und die Sicherung des Vertrauens in die Zukunft dieser Wirtschaft unabdingbar.

Rolf Sammet

Das gesamtwirtschaftliche System ist außer Tritt geraten

Es wird der Vorwurf erhoben, die Unternehmen seien investitions müde. Man spricht sogar von Investitionsstreik, und die Unternehmen müssen sich belehren lassen, sie sollten etwas unternehmen und nicht unterlassen. Anlaß für diese mehr emotionalen als sachlichen Bemerkungen ist die Tatsache, daß wir in der Bundesrepublik eine optisch hohe und politisch in mancher Hinsicht relevante Zahl von Arbeitslosen haben. Gesamtwirtschaftliches Wachstum, das Allheilmittel für vielerlei Beschwerden, will sich und – so steht zu befürchten – wird sich auch in den nächsten Jahren nicht in dem Ausmaß einstellen, wie es für nötig gehalten wird.

Es scheint, als ob die zeitweise extremen Wachstumsraten der 60er Jahre heute als „normal“ angesehen werden. Dabei wird vergessen, daß diese hohen Wachstumsraten durch den starken Ausbau des Exports entstanden waren. Dies hatte zu Überbeschäftigung und einer hohen Zahl von Gastarbeitern geführt. Ohne jene zusätzlichen Arbeitskräfte wäre die Wirtschaft zusammengebrochen. Noch vor vier, fünf Jahren wurde diese

Entwicklung mit Sorge betrachtet. Die Politik der Unternehmen ging deshalb vielfach dahin, im Inland nicht mehr für den Export zu investieren, sondern gleich dort, wo sowohl die Märkte als auch die Arbeitskräfte waren, obwohl die Bundesrepublik noch eine Reihe von Standortvorteilen zu bieten schien.

Die starken Wachstumsraten wurden auch für die Zukunft angenommen, obwohl manchem bewußt war, daß dies zu ungesunden Strukturen führen würde.

Fehleinschätzungen

Die Folge waren Fehleinschätzungen der Leistungsfähigkeit auf den verschiedensten Gebieten, insbesondere dem der Sozialgesetzgebung. Man hatte sich nicht darauf eingestellt, daß das Wachstum auch einmal kleiner sein könne, zumindest über einige Jahre hinweg. Das vielgepriesene Netz der sozialen Sicherheit droht jetzt zu einem Netz zu werden, in dem sich die gesamte Volkswirtschaft verheddert.

Man macht es sich zu leicht, wenn man einfach die Forderung aufstellt, ein gesamtwirt-

schaftliches Wachstum von mehr als 5% je Jahr sei auf mittlere Sicht bis etwa 1980 notwendig, damit die deutsche Wirtschaft dem Vollbeschäftigungsziel nennenswert näher kommen kann, und daraus dann ableitet, daß die gewerbliche Wirtschaft ihre realen Investitionen um jährlich 7,5 bis 8% ausweiten muß. Man hat sogar eine „Investitionslücke“, das heißt unterbliebene Investitionen, errechnet, und zwar als Unterschied zwischen der tatsächlichen und einer sogenannten „normal“ wachsenden Investitionstätigkeit. Als normal gilt dabei der Wert, mit dem die Modelle der Konjunkturforscher aufgehen, das heißt zu einer niedrigen Arbeitslosenquote führen, das sind 6% für die gesamtwirtschaftlichen Investitionen und etwas höher für die der Industrie.

Wachstum als Remedur für unsere Probleme, so wünschenswert es wäre, läßt sich nicht befehlen, es läßt sich auch nicht durch höhere Investitionen erzwingen. Das sollten uns die Versuche mit Konjunkturprogrammen, Investitionszulagen und Investitionsabgaben gelehrt haben, denn die deutsche Wirt-

schaft hat noch genügend unbeschäftigte Kapazitäten. Auch ohne neue Investitionen wäre eine höhere Beschäftigung schon jetzt durchaus möglich. Ganz offensichtlich liegt das Problem also darin, daß die Produkte, die in den Anlagen – beschäftigungswirksam – erzeugt werden könnten, keinen Absatz finden.

Keine Investitionslücke

Für die chemische Industrie trifft die These nicht zu, daß eine Investitionslücke zu einem Abbau der Arbeitsplätze geführt habe und daß wegen unterlassener Investitionen das Produktionspotential veralte und nicht mehr auf dem neuesten Stand der Technik sei. Die chemische Industrie hat in der Bundesrepublik auch 1976 rund 5,5 Mrd. DM in Sachanlagen investiert, soviel wie in den Jahren zuvor. Diese Investitionssumme liegt höher als die Abschreibungen. Es kann also davon ausgegangen werden, daß – zumindest rein rechnerisch – veraltete und verbrauchte Anlagen ersetzt worden sind. Dies geschieht selbstverständlich durch Apparate und nach Verfahren, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen.

Ein erheblicher Teil der Investitionen in der chemischen Industrie dient Ersatz- und Erhaltungsinvestitionen sowie Rationalisierungsinvestitionen. Solche Investitionen bringen vielfach eine erhebliche Erhöhung der Produktionsleistung oder Einsparungen an Rohstoffen oder Arbeitskosten. Gerade der letzte Punkt wird von manchen als beschäftigungspolitisch schädliche Investition apostrophiert. In Wirklichkeit dienen sie dem Erhalt von Arbeitsplätzen, denn ohne Rationalisierung wäre manche Produktion auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig und müßte in der Bundesrepublik eingestellt werden.

Man kann in der Diskussion den Eindruck gewinnen, als ob

mit Investitionen arbeitsintensive Produktionen oder Verfahren erhalten werden sollen, und das ausgerechnet in der Bundesrepublik, dem Land mit den höchsten Arbeitskosten unter den wichtigen Industrieländern. Dieses Rezept wird selbst von den Entwicklungsländern in den meisten Fällen abgelehnt, weil sie sich nicht mit einer in ihren Augen zweitklassigen Technologie zufrieden geben wollen.

Die chemische Industrie ist nach wie vor ein Industriezweig mit hohem Forschungs- und Entwicklungsaufwand und mit einer hohen Innovationsrate. Wandel und Modernisierung der Produktionsstruktur vollziehen sich ständig, auch ohne daß dies in der Höhe der Nettoinvestitionen sichtbar wird. Auf der einen Seite gehen Arbeitsplätze verloren, auf der anderen Seite werden neue geschaffen. Aufgabe der Unternehmen ist es, hier intern immer wieder den Ausgleich zu finden.

Gefühl der Unsicherheit

Ein Nachholbedarf an Investitionen ist in der chemischen Industrie nicht zu sehen. Was könnte die Unternehmen dann veranlassen, mehr zu investieren? Lediglich die Aussicht, daß die mit diesen Investitionen produzierbaren Güter oder Dienstleistungen auch einen Markt finden. Bei einer Exportquote, die in vielen chemischen Unternehmen um die 50 % liegt, sind die Entwicklung des Inlandsmarktes und der Exportmärkte dabei von gleich großem Gewicht.

Eine höhere Inlandsnachfrage kann sich nur entwickeln, wenn letztlich die private Nachfrage steigt. Zwar zeigen sich in der Bundesrepublik auf vielen Gebieten Sättigungserscheinungen. Trotzdem ist auch in Zukunft ein vernünftiges Wachstum möglich. Voraussetzung ist sowohl für die Unternehmen als auch für die Verbraucher ein Gefühl der

Sicherheit. Wenn der Bürger jedoch alle paar Monate mit neuen Hiobsbotschaften über notwendige Sanierungsmaßnahmen bei der Krankenversicherung, der Altersversorgung, der Arbeitslosenversicherung konfrontiert wird, wenn die Diskussionen um Beitragserhöhungen, Steuererhöhungen, Leistungsschmälerungen nicht abreißen, dann erzeugt dies kein Gefühl der Sicherheit. Wir brauchen dauerhafte Lösungen dieser Probleme, nicht solche, die nur dann funktionieren, wenn sogenannte „normale“, in Wirklichkeit aber nicht erreichbare Zuwachsraten beim Bruttosozialprodukt oder beim privaten Einkommen eintreffen.

Hohe Arbeitskosten

Die auch künftig wohl schnell wachsenden Märkte im Ausland werden zunehmend von Produktionen in den Märkten selber bedient. Trotzdem wird auch der Welthandel weiter an Volumen zunehmen. Inwieweit die deutsche Industrie daran mit ihren Exporten teilhaben kann, hängt von ihrer Konkurrenzfähigkeit ab. Da die Arbeitskosten in den letzten Jahren in der Bundesrepublik stärker als in den anderen Ländern gestiegen sind und wir jetzt vor den USA an der Spitze der großen Industrienationen liegen, ist dies ein Punkt, dem wir erhöhte Aufmerksamkeit schenken müssen. Jede weitere Belastung der Unternehmen mit Personal- und Sozialkosten schwächt die internationale Wettbewerbsposition.

Das durch den Markt gegebene Risiko von Investitionen ist keiner bereit zu tragen. Der Staat signalisiert dies seit langem, indem er sich auf ertragsunabhängige Steuern stützt. Unsere Gesetzgebung schützt den Arbeitnehmer vor Beschäftigungsrisiken in einem Ausmaß, daß die Regelungen fast schon beschäftigungsfeindlich wirken. Zumindest überlegt sich heute

jeder, der zusätzliche Mitarbeiter beschäftigen will, sehr genau die langfristigen Verpflichtungen und Bindungen, die er damit eingehen muß.

Öffentliche Restriktionen

Ein anderer Punkt darf nicht übersehen werden. Man kann leicht das Gefühl bekommen, daß die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik, aber auch in anderen Ländern, prinzipiell zwar für beschäftigungswirksame Investitionen ist, im konkreten Einzelfall aber dagegen.

Beispiele lassen sich in großer Zahl beim Bau von Kraftwerken, ob mit Kohle, Öl, Erdgas oder Kernenergie betrieben, aufzählen. Dabei ist die Energieversorgung die Basis für die künftige industrielle Entwicklung. Auch die Schwierigkeiten, denen Unternehmen bei Neubau oder Erweiterung bestehender Produktionen gegenüberstehen, sei es durch Bürgerinitiativen oder von seiten des Gesetzgebers, der beispielsweise auf dem Umweltschutzgebiet ausgesprochen restriktive und investitionshem-

mende Gesetze und Verordnungen erlassen hat, erleichtern die Investitionsentscheidungen nicht.

Ich habe die Hoffnung, daß sich im Laufe der Zeit doch eine realistische Betrachtungsweise durchsetzt, daß die Zusammenhänge erkannt und vor allem in der öffentlichen Meinung auch anerkannt werden. Die Unternehmen allein können, auch wenn sie viel mehr investieren würden, das im Augenblick etwas aus dem Tritt geratene gesamtwirtschaftliche System nicht in Ordnung bringen.

Manfred Lennings

Umverteilungen behindern Investitionen

Die seit 1971 anhaltende Investitionsflaute hat entscheidend zum Entstehen der heutigen Arbeitslosigkeit beigetragen. Daran gibt es keinen Zweifel. Hätten beispielsweise die Investitionen der verarbeitenden Industrie seit Anfang dieses Jahrzehnts jährlich real um rd. 4 % zugenommen, statt um rd. 6 % zu schrumpfen, dann wären im vergangenen Jahr rd. 400 000 bis 500 000 mehr Arbeitsplätze vorhanden gewesen. Die Arbeitslosigkeit wäre heute bei weitem kein so drängendes Problem.

Nun wird oft behauptet, die Unternehmen hätten durch überhöhte Rationalisierungsinvestitionen zu viele Arbeitskräfte freigesetzt. Die Tatsachen sprechen gegen diese Behauptung. Nach einer Untersuchung des Ifo-Institutes sind die Rationalisierungsinvestitionen der deutschen Industrie in den siebziger Jahren kaum gestiegen (1970 bis 1976 real jährlich um + 1,3 %). Gemessen am Umsatz wurden

sogar erheblich weniger Rationalisierungsvorhaben verwirklicht als in den 60er Jahren.

Dagegen sind die Erweiterungsinvestitionen in derselben Zeit real um jährlich 17 % gesunken. Hierin liegt der Kern der Misere. Die Erweiterungsinvestitionen liegen heute wieder auf dem Stand von 1967. Sie belaufen sich auf rd. 1/3 des Standes von 1970.

Warum wird so wenig investiert? Streiken die Unternehmen? Nur naive Gemüter werden das annehmen. Meistens behaupten das diejenigen, die den Unternehmen nacktes Gewinnstreben vorwerfen. Wer aber würde dann so töricht sein, durch Investitionsverzicht sich seiner Gewinnchancen zu entledigen? Die Ursachen liegen tiefer.

Internationale Umverteilung

In weiten Bereichen der deutschen Wirtschaft haben sich die Wettbewerbsbedingungen ver-

schlechtert. Dazu haben folgende Faktoren wesentlich beigetragen:

□ Internationale Umverteilung zugunsten der Rohstoffländer: Die Bundesrepublik hat 1976 (in DM gerechnet) gegenüber 1970 eine Preissteigerung für eingeführte Rohstoffe (mit Öl) von 148 % hingenommen. Für die Einfuhr von Halbwaren betrug die Preiserhöhung 57 %. Demgegenüber ist der Preisindex für die Ausfuhr deutscher Fertigwaren nur um 39 % gestiegen. Dies hat zu einer Schmälerung des im Inland zu verteilenden Kuchens geführt.

Darüber hinaus haben die durch die Umverteilung entstandenen Zahlungsbilanzdefizite der meisten Industrieländer zu einer Verschärfung des internationalen Wettbewerbs geführt. In die hart umkämpften Märkte für Industriegüter schalten sich außerdem zunehmend junge Länder ein, die ihre Technik zu relativ niedrigen Gebühren von den Industrie-

nationen beziehen. Rasche Übernahme moderner Techniken bei niedrigem Lohnniveau läßt die Entwicklungsländer auf vielen Gebieten zu ernsthaften Konkurrenten werden. Der steigende Anteil von Fertigwaren aus Entwicklungsländern an der deutschen Fertigwareneinfuhr ist ein Indiz dafür.

Inländische Umverteilung

Gewinnverfall durch nationale Umverteilung: Die von außen auf die deutsche Wirtschaft einwirkenden Faktoren sind durch die inländische Umverteilungspolitik verschärft worden. Als Folge der gestiegenen Lohnquote sind die Unternehmensgewinne drastisch zurückgegangen. 1975 lagen sie um 30 % unter dem Stand von 1970. Zwar haben sie sich im vergangenen Jahr erholt und das

Niveau von 1970 um (geschätzte) 3 % überschritten, aber unter Berücksichtigung der Preissteigerungen bleibt immer noch ein realer Rückgang. Ihr Anteil am Volkseinkommen lag 1976 bei 6,7 %, 1970 noch bei 10,6 %. Auch über die Umsatzrendite macht man sich häufig ganz falsche Vorstellungen. In der metallverarbeitenden Industrie betrug sie (netto) 1976 2,8 % (1975 2,2 %).

Die Gewinnverhältnisse sind also noch immer unbefriedigend. Daran hat auch die leichte Ertragsverbesserung 1976 nicht viel geändert, zumal der etwas günstigere Trend in diesem Jahr schon wieder gestoppt worden ist. Investitionen können aber nur dann finanziert werden, wenn genügend Gewinne vorhanden sind.

Hohes Kostenniveau der deutschen Wirtschaft: Bei den Arbeitskosten in der Industrie, bezogen auf die Stunde, hat die Bundesrepublik die USA vergangenes Jahr überholt. Setzt man die durchschnittlichen Arbeitskosten bei uns mit 100 an, dann liegen die USA bei 94, Frankreich bei 62, Japan bei 50 und Großbritannien bei 44.

Selbstverständlich spielen hier auch die laufenden Aufwertungen der DM eine Rolle. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit wird aber aus der Summe von Lohnerhöhungen und Währungsschwankungen bestimmt. Auch in der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten liegen wir im internationalen Vergleich neben Japan an der Spitze.

Eigenkapitalknappheit in der deutschen Wirtschaft: Die

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Susanne Schmidt

KAPITALVERKEHRSKONTROLLEN UND IHRE WIRKUNG

Eine Analyse der Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland 1971–1973

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit Maßnahmen, die die Bundesrepublik zum Schutz vor ausländischem Kapital ergriffen hat. Nach einem theoretischen Überblick über die währungspolitischen Systeme und ihre Funktionsweisen wird jede Maßnahme in ihrer rechtlichen Ausgestaltung vorgestellt. Es schließt sich eine empirische Untersuchung über die Wirksamkeit jeder Einzelmaßnahme im Hinblick auf den Kapitalverkehr mit dem Ausland an. Schließlich wird die deutsche Währungspolitik in dieser „heißen“ Zeit insgesamt beurteilt, und mögliche währungspolitische Alternativen werden dargestellt.

Großoktav, 238 Seiten, 1977, Preis brosch. DM 36,—

ISBN 3-87895-155-8

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

schnelle Wachstumsperiode nach dem Kriege hat dazu geführt, daß die Eigenkapitalausstattung deutscher Unternehmen fühlbar schlechter ist als in den Ländern, mit denen wir im internationalen Markt konkurrieren müssen. Eine Bilanzanalyse von deutschen Industrieaktiengesellschaften zeigt, daß im Jahre 1970 das Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme noch 33 % betrug. Der Eigenkapitalanteil ist dann bis zum Jahre 1975 kontinuierlich auf 28 % abgesunken.

Die Eigenkapitalausstattung der Industrieunternehmen in anderen Industrieländern ist wesentlich imposanter. Untersuchungen zeigen, daß das Ver-

hältnis von Kapital zur Bilanzsumme bei vergleichbaren US-Betrieben bei 52 % und in Großbritannien bei 42 % liegt. Auch die Schweiz weist eine wesentlich höhere Kapitalbasis aus.

Bedingt investitionsfähig

Die Investitionstätigkeit wird also auch dadurch behindert, daß viele deutsche Firmen allein aufgrund ihrer Bilanzrelationen nur noch bedingt investitionsfähig sind. Allein steigende Gewinne, die natürlich nur teilweise ausgeschüttet werden, können den erforderlichen Spielraum für Investitionen schaffen.

Zusammenfassend folgt daraus: Nationale und internationale

Umverteilungen sowie ein hohes Kostenniveau in unserem Lande haben die Investitionsentwicklung negativ beeinflusst und sich somit wachstumshemmend ausgewirkt. Wir sollten alle Kräfte darauf konzentrieren, die Fehlentwicklungen im eigenen Lande zu korrigieren. Beseitigen wir die Ursachen im Inland und kommen über mehr Investitionen wieder zu mehr Wachstum, dann stärken wir gleichzeitig unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Damit werden wir auch die Arbeitslosigkeit überwinden können. Voraussetzung ist, daß die Lohnquote und der konsumtive Teil der Staatsquote zugunsten der Investitionen wieder gesenkt werden.

Toni Schmücker

Zur unternehmerischen Entscheidungsfreiheit bei Investitionen

Der VW-Konzern hat in den zurückliegenden 6 Jahren insgesamt rund 9 Mrd. DM investiert, davon mehr als sechs Milliarden im Inland. Das jährliche Investitionsvolumen unterlag dabei produktprogramm- und nachfragebedingt starken Schwankungen. In dem behandelten Zeitraum erreichten die Investitionen des Unternehmens mit etwa 1,947 Mrd. DM 1971 ihr Maximum und 1975 mit 941 Mill. ihr Minimum.

Steigende Investitionsneigung

Nach dem Investitionstiefpunkt im Jahre 1975 sind die VW-Konzern-Investitionen in den letzten beiden Jahren wieder stetig gestiegen. Nach 1,141 Mrd. DM im Jahr 1976 werden sie 1977 aller Voraussicht nach die 1,9-Mrd.-DM-Grenze erreichen. Die Volks-

wagenwerk AG wird allein ca. 800 bis 900 Mill. DM investieren, das Dreifache des Jahres 1975. Es handelt sich dabei vornehmlich um Produktinvestitionen.

Bei der Neuorientierung und Konsolidierung des VW-Konzerns standen die Produkt-, Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen im Vordergrund.

Der Planungszeitraum für die Investitionen des Unternehmens erstreckt sich — nicht zuletzt auch entwicklungs- und beschaffungsabhängig — auf etwa 8–10 Jahre. Dieser gliedert sich in einen mittelfristigen Zeitraum von etwa 5 Jahren und einen langfristigen Zeitraum von etwa weiteren 3 bis 5 Jahren. In einem System fortgeschriebener Planung findet eine jährliche zielorientierte Anpassung statt. Aus

der sich darauf entwickelnden Verstetigung der Investitionsprozesse der Unternehmen folgt, daß konjunkturpolitische Programme und kurzfristige Investitionsanreize nur begrenzt berücksichtigt werden können.

Investitionen und Beschäftigungssicherung

Sowohl bei den Inlands- als auch bei den Auslandsinvestitionen orientiert sich der VW-Konzern vor allem an der langfristigen Nachfrageentwicklung nach Automobilen. Auch in den Werken des VW-Konzerns ist die Erzielung von Erträgen, d. h. eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals, Grundvoraussetzung für eine Investition. Die zunehmende Versachlichung der Diskussion um die Funktion des Gewinns als ent-

scheidende Steuerungsgröße für Investitionen in marktwirtschaftlichen Systemen der westlichen Industrieländer ist zu begrüßen. Erst der Gewinn begründet die wirtschaftliche Fähigkeit der Unternehmen, auf Dauer die Beschäftigung durch Investitionen zu sichern. Gewinne sind damit auch eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung sozialer Vorhaben.

Enger Spielraum

Jedes Unternehmen ist, um im Wettbewerb zu bestehen, zu Investitionen gezwungen. Die kontinuierliche Verbesserung des Produktangebotes zur bedarfsgerechten Versorgung des Marktes und der Ersatz der Produktionsmittel fordern eine ständige Investitionstätigkeit. In diesem Zusammenhang ist der Entscheidungsspielraum gering, denn Ersatz- und Produktinvestitionen werden vom Markt und dem Verhalten der Wettbewerber erzwungen.

Ein Entscheidungskonflikt kann bei Rationalisierungsinvestitionen entstehen. Zur Erhöhung der Produktivität müssen wir einerseits weiter rationalisieren, stoßen jedoch andererseits dort an Grenzen, wo durch Rationalisierungsinvestitionen Personal freigesetzt und so die Beschäftigungssicherung unmittelbar angesprochen wird. Im Zuge eines Rationalisierungsprozesses wird eine Unternehmensleitung daher stets nach Wegen suchen, um den so erreichten Produktivitätsfortschritt in neue Arbeitsplätze umzusetzen.

Eine Reihe bundesdeutscher Unternehmen befindet sich gegenwärtig in einer Phase der Anpassung an den sich langfristig abschwächenden Wachstumstrend in den westlichen Industrieländern. Dies beeinflusst die Investitionsneigung des Unternehmens insbesondere bei den Erweiterungsinvestitionen. Denn soviel ist nicht zu bezwei-

feldn: Die Versorgung der Länder der Dritten Welt mit fertigen Automobilen aus der Produktion der traditionellen Autohersteller stößt auf immer größere Hindernisse.

Auslandsinvestitionen

Entscheidungen über Auslandsinvestitionen werden besonders kritisch betrachtet, selbst wenn im Ausland Kapazitäten aufgebaut werden, um den Verlust von Märkten zu verhindern. Häufig ist nämlich die Auslandsinvestition die einzige Möglichkeit, die Arbeitsplätze im Inland durch Zulieferungen technisch hochwertiger Produktumfänge an das ausländische Werk zu sichern oder zu steigern. Die Entscheidung über solche beschäftigungsbeeinflussenden Investitionen bedarf im Rahmen der Mitbestimmungsgesetze heute einer ständigen Kommunikation zwischen allen Organen des Unternehmens.

Bei Auslandsinvestitionen wird die Entscheidungsfreiheit des Managements auch von den im Gastland herrschenden Rahmenbedingungen beeinflusst. Zu beachten sind hier insbesondere Exportauflagen, Vorschriften über Beteiligungsverhältnisse, Normen über Kapitalimport und Gewinnverwendung sowie Produktionsauflagen über die Fertigungstiefe. Auch Preisvorschriften (Preis-Kosten-Problematik bei Inflation) und Investitionsschutzbestimmungen (Problem der Verstaatlichung) beeinflussen die Sicherheit des Auslandsengagements einschließlich der über einen längeren Zeitraum gesehenen Rentabilität. Ein Unternehmen wird sich nur dann entschließen, solche mit beträchtlichen Risiken behafteten Investitionen vorzunehmen, wenn es die Gewähr hat, daß die Investitionen sich in einem überschaubaren Zeitraum amortisiert haben und hierfür Arbeitsplätze auf Dauer geschaffen oder erhalten werden.

Die Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen stellt sich in Phasen wirtschaftlicher Abschwächung oder struktureller Veränderungen der Märkte auch außerhalb zusätzlicher Investitionen, denn gerade dann sind bestehende Anlagen oft nicht ausgelastet.

Um die negativen Auswirkungen zyklischer Schwankungen nicht auf die Belegschaft in voller Schärfe durchschlagen zu lassen, befolgen wir im Volkswagenwerk eine Personalpolitik der mittleren Linie. Das bedeutet, daß der Personalstand auf einer Höhe gehalten wird, die durch die nachhaltige Auslastung der vorhandenen Kapazitäten bestimmt ist. Nur so ist es möglich, die konjunkturellen Schwankungen durch weiche, nicht existenzgefährdende Maßnahmen aufzufangen. Hier werden Unternehmensleitungen und Arbeitnehmervertretungen gemeinsam nach Wegen suchen müssen, um die Stetigkeit der Beschäftigung auch im Auf und Ab der Konjunktur weiter zu verbessern.

Ohne Ertrag geht es nicht

Entscheidend für eine wieder steigende Investitionsneigung bleibt die Ertragserwartung. Sie setzt das Vertrauen der Unternehmen und ihrer Entscheidungsträger in die wirtschaftliche Zukunft voraus. Der Entscheidungsspielraum kann durch die sich wandelnden gesellschaftspolitischen Bedingungen beeinträchtigt werden, wie viele Beispiele in Industrie- und Entwicklungsländern zeigen. Arbeitsplätze bleiben in unserer Wirtschaft letztlich aber nur erhalten, wenn die allgemeine Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik jenen Entscheidungsspielraum der Unternehmen sichert, der unter Beachtung der sozialpolitischen Belange und ökonomischen Sachzwänge in einer Marktwirtschaft erforderlich ist, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen.